

Zur Bewährung verurteilt

Mehrmals hat Entwicklungshilfeminister Klein zustimmend einen afrikanischen Finanzmann zitiert, der — angeekelt — gesagt haben soll, auf die Unterstützung dieser dreckigen Chaoten könne die Dritte Welt verzichten. Aber die Konzentration der öffentlichen Diskussion auf die kleine anarchistische Spitze des Eisbergs der öffentlichen Protest- und Gegenveranstaltungen verkennt die qualitative Reichweite dessen, was in Berlin anlässlich der IMF- und Weltbanktagung geschah.

Es waren eben nicht nur einige hundert Anarchisten, die gegen die »International Murder Foundation« mobil machten und »IMF, Mördertreff« skandierten: Viele Zehntausende schlossen sich dem Protestzug an, Tausende besuchten das Umweltseminar und das Tribunal, Hunderte von Aktivisten aus mehreren Dutzend Organisationen hatten monatelang gearbeitet, eingebettet in ein buntes internationales Umfeld von Förderern und Interessenten mit christlichen, rötlichen und grünen Präferenzen. Wichtig ist, daß in Berlin geschah, was heutzutage in jeder anderen westlichen Mittel- oder Großstadt passiert wäre: Eine kleine, aber sehr aktive Minderheit von Bürgern außerhalb und innerhalb der alten politischen Strukturen verlangte Rechenschaft von und Mitsprache bei den großen internationalen Bürokratien.

Diese Minderheit gibt es seit gut 15 Jahren in allen westlichen Ländern. Sie ist eine wichtige Konsequenz der international seit Jahrzehnten beobachtbaren Bildungsexpansion. Vor allem in den westlichen Industrieländern haben sich die alten Eliten in Politik und Wirtschaft seit einiger Zeit an die Existenz dieser aufmüpfigen, organisationsfähigen und gut informierten Gruppen und Vereine gewöhnen müssen. In den letzten Jahren erfolgte die organisatorische Konsolidierung dieser neuen politischen Szene und eine immer besser funktionierende internationale Vernetzung, auch mit der Dritten Welt und ansatzweise sogar mit der Zweiten Welt. Berlin symbolisierte, daß die Weltgesellschaft einen wichtigen Institutionalisierungsschritt vorangekommen ist. Obwohl absolut gesehen immer noch sehr klein, hat die Zahl der organisations- und sprachfähigen Weltbürger inzwischen eine qualitative Schwelle überschritten; viele einzelne Menschen betrachten sich als mündige »Völkerrechtssubjekte« und kritisieren aktiv das Verhalten und den Legitimationsanspruch staatlicher und internationaler Bürokratien.

Im Prinzip ist dies alles nicht neu, weil seit der Bevölkerungs- und der ersten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen Anfang der siebziger Jahre kritische Parallelkonferenzen nichtstaatlicher Organisationen immer mehr üblich wurden. Neben Amnesty International als eine der inzwischen ältesten weltgesellschaftlichen Bürgerinitiativen trat ein funktional sehr breites Spektrum neuer Organisationen — unter ihnen viele mit politischem Biß (wie etwa »Greenpeace« und »Friends of the Earth« in der Umweltpolitik). Dies wissen natürlich auch die Weltbank und ihr Präsident Conable (im »Weltentwicklungsbericht« der Bank wurden die Nichtregierungsorganisationen vor drei Jahren noch über den grünen Klee gelobt). Um so unverständlicher und unverzeihlicher war deshalb die Entscheidung von Weltbank und IMF, sich nicht der Anklage des »Ständigen Tribunals der Völker« zu stellen. Die Zusammensetzung der Jury und die Berufung des weltberühmten Währungstheoretikers Professor Robert Triffin als Pflichtverteidiger waren Garantie genug für ein faires Verfahren (Beweis dafür war schließlich auch der Spruch des Gerichts: Schuldig wegen zahlreicher Verstöße gegen die Charta der Vereinten Nationen, Chance zur Bewährung). *Unverständlich* war die Weigerung, weil die Weltbank im Frühjahr der »tageszeitung« gegenüber ihre Bereitschaft zur öffentlichen Diskussion mit Kritikern erklärt hatte. *Unverzeihlich* war die Absage darum, weil Bank und IMF sich der Chance begaben, selber oder mit Hilfe von Entlastungszeugen aus dem UN-System die teilweise allzu einfache Kritik an die wahren Schuldigen zurückzuverweisen: die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und unter ihnen insbesondere die reichen westlichen Industriestaaten.

Deshalb gebührt dem Exekutivdirektor des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) Dank und Anerkennung dafür, daß er termingerecht zum Beginn der Tagung feststellte, die Schuldenkrise habe in den letzten Jahren mehr als eine Million Kinder getötet. (Warum nur fehlt die Dokumentation dieses Vorwurfs im »Pressepiegel« des Klein-Ministeriums?) Die Lösung muß wohl aber in der vom Tribunal angegebenen Richtung liegen: Erhaltung von Weltbank und IMF bei verstärkter Kontrolle der Auswirkungen ihrer Politik und schnellem Ausbau des bisher vernachlässigten UN-Systems. Aber bis wir dahin kommen, werden wir wohl noch eine, zwei, viele Tagungen brauchen mit Koalitionen zwischen Protestierern und Direktoren des UNICEF... und des UN-Umweltprogramms... und der UNESCO... und — hoffentlich bald auch — der Weltbank und des IMF.

Jens Naumann □

treten. Von dem den fünf Ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats eingeräumten Vetorecht machten zuerst die Sowjets, später die USA reichlich Gebrauch. Die Folge war eine völlige Lähmung dieses Organs der Vereinten Nationen. Aber auch nichtpolitische Überlegungen spielen bis in die Gegenwart eine Rolle. Als sich Iran der Resolution 598 vom 20. Juli 1987, die einen Waffenstillstand gebot, nicht beugen wollte, faßte der Sicherheitsrat ein Waffenembargo ins Auge. Die Vereinten Staaten waren dafür, die Sowjetunion zögerte. Andere Ratsmitglieder, darunter die Bundesrepublik Deutschland, setzten sich entschieden gegen jegliche Sanktionen ein. Das Waffenembargo kam nicht zustande, indessen konnten die irakischen Truppen mit neuem Kriegsgerät und verbotenem Giftgas in die Offensive gehen.

Später wurde der Widerstand gegen ein Waffenembargo als ein Sieg der Vernunft gerechtfertigt, der es dem Iran erlaubt habe, ohne Gesichtverlust dem Waffenstillstand zuzustimmen. In Wirklichkeit steckten dahinter vorwiegend wirtschaftliche Interessen. Trotz seiner kriegsbedingten Schwächung blieb Iran ein begehrter Handelspartner. Die Flugzeuge nach Teheran waren stets auf Monate hinaus ausgebucht. Doch niemand kann ermaßen, wie vielen Toten und Krüppeln ihr Schicksal erspart geblieben wäre, wenn man den Mullahs die Aussichtslosigkeit des Krieges ein Jahr früher drastisch vor Augen geführt hätte.

Die Geschichte des Einsatzes militärischer Kräfte durch die Vereinten Nationen ist eine lange Kette von Halberfolgen und Fehlschlägen. Einmal gelang es den Westmächten, dem Veto Moskaus im Sicherheitsrat zu entgehen, indem sie von der vorübergehenden Abwesenheit des Sowjetvertreters profitierten, um die Entsendung von UN-Truppen nach Korea zu beschließen. Das war 1950; der Sitz Chinas wurde damals noch von Taiwan eingenommen. 35 Jahre nach dem Waffenstillstand stehen die in Südkorea stationierten amerikanischen Verbände formal noch immer unter dem Kommando der Vereinten Nationen. Östliche Anträge auf Widerrufung des Beschlusses von 1950 drangen nicht durch. Eine der Folgen ist, daß die beiden koreanischen Staaten nicht Mitglieder der Vereinten Nationen werden können, weil ihre Schutzmächte das Aufnahmeverfahren gegenseitig blockieren.

Unter anderen Umständen entsandte der Sicherheitsrat 1960 Kampftruppen in den gerade unabhängig gewordenen Kongo, um Unruhen einzudämmen und eine Zerstückelung der belgischen Ex-Kolonie zu verhindern. Das Unternehmen ONUC dauerte vier Jahre und zählte zeitweise 20 000 Soldaten sowie beträchtliches Zivilpersonal. Nach etlichen Wirren gelang es, das heutige Zaire zu befrieden, wobei der damalige Generalsekretär Dag Hammarskjöld bei einem ungeklärten Flugzeugabsturz den Tod fand. Die Sowjetunion, die zuerst für die Entsendung eines internationalen Truppenkontingents gestimmt hatte, kritisierte später den Verlauf der Operation und weigerte sich, zu den finanziellen Kosten beizutragen.

FRIEDENSSICHERUNGS-OPERATIONEN

Andere Missionen führten »Blauhelme« und unbewaffnete Militärbeobachter nach West-Neuguinea (UNSF/UNTEA, 1962/63), um die Überleitung der ehemaligen niederländischen Kolonie in das Staatsgebiet Indonesiens zu überwachen. Die UN-Truppe nahm auch Sicherheitsaufgaben wahr. Später zogen Blauhelme in den von einem Bürgerkrieg und ausländischen Interventionen erschütterte Jemen (UNYOM, 1963/64), in die Dominikanische Republik (DOMREP, 1965/66), nach Zypern (UNFICYP, seit 1964) und immer wieder in den Nahen Osten; abgesehen von den nach den Nahostkriegen geschickten Missionen gab es, 1958, dort noch die angesichts (aus heutiger Sicht vergleichsweise beschaulicher) innerlibanesischer Auseinandersetzungen entsandten Beobachter der UNOGIL. Fast in Vergessenheit geraten ist die Militärische Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Indien und Pakistan (UNMOGIP), die seit 1949 existiert. Ihre